

Einhausung der Westbahntrasse: Leonding zeigt sich kompromissbereit

LEONDING. Die Pläne der Stadt zur Einhausung und Tieferlegung der geplanten viergleisigen Westbahnstrecke in Leonding wurden vom zuständigen Bundesministerium abgelehnt, was auch die Stadt aus Medienberichten erfuhr. Nun berät man über weitere Schritte.

„Eing sei man sich in der Stadtpolitik, sich weiterhin für das Bestmögliche für Leonding einzusetzen, wofür es jedoch zunächst einen Termin beim zuständigen Bundesministerium brauche. „Wir versuchen seit Monaten, ein Gespräch mit Bundesministerin Leonore Gewessler zu vereinbaren. Wir möchten ihr



Nach einer Abfuhr aus dem Ministerium berät die Stadt über weitere Schritte.

die Sicht der 31.000 Leondinger darlegen und zeigen, warum die Einhausung für die Entwicklung unserer Stadt so wichtig ist“, so Bürgermeisterin Sabine Naderer-Jelinek. „Wir sind natürlich kom-

promissbereit, aber dazu braucht es erst mal einen Dialog.“

Die Leondinger Stadtpolitik wird den Nationalrat, den Landtag und den Aufsichtsrat der ÖBB über die tatsächlichen Mehrkosten

und finanziellen Zusagen zum Einhausungsprojekt informieren. „Diese Gremien sollen den gleichen Wissensstand haben und sehen, warum das aktuell genehmigte Projekt der ÖBB für Leonding ein regelrechtes Desaster ist“, erklärt Naderer-Jelinek die Vorgehensweise.

Beschwerde beim VfGH

Für das ÖBB-Projekt liegt bereits ein rechtskräftiger UVP-Bescheid vor. Dagegen hat die Stadt Leonding beim Verfassungsgerichtshof Beschwerde eingereicht. Rechtlich gesehen gibt es nach wie vor die Möglichkeit, die Einhausung und Tieferlegung als sogenanntes Ansatzprojekt einzureichen. ■

STARTSCHUSS

Vorprojekt für die Bim nach Ansfelden

ANSFELDEN. Am 1. September begannen am Stadtamt Ansfelden die Planungen für das Vorprojekt zur Bim-Trassenverlängerung Richtung Ansfelden/Kremsdorf in Form einer ersten Zusammenkunft und Abstimmung der Projektbeteiligten.

Das erweiterte Vorprojekt konkretisiert künftig die Errichtungskosten, den Trassenverlauf und die nötigen behördlichen Verfahren. Die Verlängerung der Straßenbahn Nummer 4 als StadtRegioTram gilt als Jahrhundertprojekt für die Stadtgemeinde Ansfelden und wird das größte

Verkehrsprojekt mit Bürgerbeteiligung in der Geschichte für die Stadtgemeinde Ansfelden.

Neue Park&Ride-Anlage

„Kern des Vorprojekts ist nicht nur, die Straßenbahn nach Ansfelden zu bringen. Wesentlich wird auch die Errichtung einer Park&Ride-Anlage an der zukünftigen neuen S-Bahn Station in Kremsdorf sein. Phyrnbahn und S-Bahn bilden in Ansfelden eine Einheit und schaffen wertvolle Synergien“, betont Bürgermeister Manfred Baumberger die Wichtigkeit des Projektes. Die Fahrgastzahlen der Linie 4 nach Traun sind ungebrochen hoch. ■



Stadtfchfn Sabine Naderer-Jelinek (li.) diente beim Workshop als Fotomodell

PROGRAMM

Bunter Ferienspaß

LEONDING. Auf Ferienspaß mussten die Kinder in Leonding auch heuer nicht verzichten: Insgesamt 40 Ausflüge und Workshops mit Vereinen, Einsatzorganisationen sowie einer Übernachtung am Baumkronenweg und im Rathaus waren fast zur Gänze ausgebucht. Zur Anmeldung wurde ein neues Online-System installiert, das nun auch bei der Anmeldung für das

Programm im Eltern-Kind-Zentrum in Verwendung ist. „Kinder mussten heuer auf vieles verzichten, weshalb es uns wichtig war, ein schönes Programm zusammenzustellen. Zudem konnten wir so auch vielen Eltern bei der Betreuung unter die Arme greifen“, freut sich Bürgermeisterin Sabine Naderer-Jelinek, die bei einem Fotoworkshop von den Kindern vor die Kamera geholt wurde. ■

BERICHT

Rückschlag für Bahn-Einhausung bei Linz

Infrastrukturministerin Gewessler hält an den bisherigen Plänen zum Ausbau der Westbahnstrecke in Leonding fest.

vom 03.09.2020, 14:43 Uhr | Update: 03.09.2020, 15:51 Uhr



Auch der Bahnausbau stößt auf Widerstand: In Oberösterreich ist das im Bereich der Stadt Leonding bei Linz auf der Westbahnstrecke der Fall.
© APAweb / Robert Jäger

K Karl Ettinger
Redakteur

Mehr zu diesem Thema

Der Bahnausbau wird zwar von den Grünen vorangetrieben, stößt aber bei Anrainern ebenfalls auf Widerstand. Konkret gibt es schon seit langem Unmut wegen des vierspurigen Ausbaus der Westbahnstrecke im Bereich von Leonding auf der Strecke zwischen Linz und Wels. Infrastrukturministerin Leonore Gewessler (Grüne) erteilt jetzt Plänen für eine Einhausung oder Tieferlegung der Trasse in diesem Abschnitt im oberösterreichischen Zentralraum eine Abfuhr, wie aus einem Bericht der Ressortchefin an den Nationalrat hervorgeht.

Auslöser des aktuellen Berichts war ein Entschließungsantrag von ÖVP und Grünen im Nationalrat Ende des vergangenen Jahres. Die Verkehrsministerin war darin aufgefordert worden, das Bahnprojekt im Bereich von Leonding bei Linz zu überprüfen. Die Stadt Leonding drängt auf eine Einhausung oder Tieferlegung des Streckenabschnitts. Gewessler hält jedoch, wie der Bericht zeigt, an dem bisherigen Projekt fest.

Beschwerden vom Verwaltungsgericht abgewiesen

Die Ministerin verweist darauf, dass die bisher von den ÖBB gewählte Variante bereits eine Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen und genehmigt worden sei. Der Bundesverwaltungsgerichtshof habe Beschwerden der Stadt Leonding am 27. April dieses Jahres abgewiesen, damit sei das Genehmigungsverfahren rechtskräftig abgeschlossen.

Sinnvoll sei eine Einhausung erst dann, wenn es einen Zusatznutzen gebe, etwa durch eine Überbauung in diesem Streckenabschnitt. Laut Bericht würde sich eine Bauverzögerung um fünf Jahre ergeben. Das würde sich negativ auf das Ziel einer raschen Verdichtung des Nahverkehrs auswirken.

Oberösterreich lockert vor Start der Corona-Ampel Maskenpflicht

Ab Freitag nicht mehr in Gastronomie und vielen Geschäften notwendig – es könnte aber auch bald wieder Verschärfungen geben

LINZ/WIEN. Heute, Donnerstag, tritt in Wien die Corona-Expertenkommission zusammen, um Details für die Umstellung auf ein Corona-Ampelsystem zu fixieren.

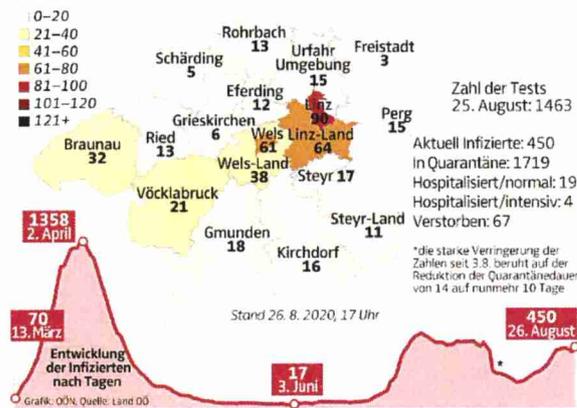
Seit Juli galt in Oberösterreich als einzigem Bundesland eine verschärfte Maskenpflicht. Damit sollten die damals stark steigenden Infektionszahlen in den Griff bekommen werden. Gestern kündigten Landeshaupmann Thomas Stelzer und Gesundheitsreferentin Christine Haberlander (beide VP) Lockerungsmaßnahmen an. Man wolle vor dem Start der Corona-Ampel eine über alle Bundesländer gleiche Ausgangsbasis schaffen.

Oberösterreich gleicht die Maskenpflicht damit wieder an die österreichweit geltenden Standards an. Ab morgen muss in Geschäften (außer Lebensmittel), Lokalen und Gaststätten kein Mund-Nasen-Schutz mehr getragen werden.

Wie im Rest Österreichs muss die Maske aber weiter in öffentlichen Verkehrsmitteln, Taxis, bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen (ausgenommen am zugewiesenen Sitzplatz), in Apotheken, Pflegeheimen und Krankenanstalten verwendet werden. Weiter nötig ist sie auch in Lebensmittelgeschäften, Tankstellen sowie Bank- und Postfilialen. Notwendig ist die Maske außerdem, wenn bei Dienstleistungen oder Demonstrationen der Ein-Meter-Abstand nicht eingehalten werden kann. Wer ein Amtsgebäude der Landesverwaltung betritt, braucht ebenfalls einen Mund-Nasen-Schutz – nämlich in Zonen mit regem Parteienverkehr und wenn der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann.

„Es wird ein Balanceakt bleiben“, heißt es aus dem Büro von Landeshaupmann Stelzer auf Anfrage. Daher sei auch nicht auszuschlie-

CORONA-FÄLLE IN OBERÖSTERREICH



ßen, dass es wieder zu strengeren Maskenvorschriften kommen könne. In Wien wurde zuletzt spekuliert, dass der Bund österreichweit

bald wieder strengere Regeln einführen könnte. Aber zumindest bis Ende nächster Woche soll dies nicht der Fall sein, heißt es.

Am 4. September startet, wie berichtet, die Corona-Ampel. Sie soll festlegen, ab wann welche Maßnahmen zu greifen haben. Bisher wurde nur für die Schulen klar festgelegt, ab welcher Ampelfarbe Masken zu tragen sind oder Sport- und Musikunterricht eingeschränkt werden. Ab wann sich die Ampelfarbe ändert, ist noch nicht festgelegt. Als Kriterien werden bezirksweise Infektionszahl, Clusterbildungen, Tests und Spitalskapazitäten herangezogen. Die Corona-Ampel könnte aus rechtlicher Sicht problematisch werden. Eine Änderung des Epidemiegesetzes ist für Ende September in Planung. Fraglich ist, ob frühere Ampelschaltungen umgesetzt werden können.

Jedenfalls ist viel zu tun für Gesundheitsminister Rudi Anschober (Grüne), der gestern nach einer Routine-Untersuchung wieder das Spital verließ. (gana/az)



So wünscht sich Leonding den Ausbau der Westbahnstrecke. (Stadt Leonding)

Leonding: Ministerium sagt auch Nein zu Einhausung

Ausbau der ÖBB-Westbahnstrecke: Neuerliche Abfuhr für Leondinger Wunsch nach Einhausung

Jetzt ist die nächste Hoffnung der Leondinger auf eine Tieferlegung und Einhausung der ÖBB-Westbahnstrecke im Stadtgebiet dahin: In einer aktuellen Antwort an den Nationalrat lehnt auch das Umwelt- und Verkehrsministerium das Ansinnen ab.

Die Nationalratsparteien hatten in einem einstimmigen Beschluss im Dezember des Vorjahres das Ministerium ersucht, eine solche Tieferlegung und Einhausung noch einmal zu prüfen.

Zuvor schon war die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) positiv für den von den ÖBB ohne Einhausung geplanten vierspurigen Ausbau ausgefallen. Der anschließende Einspruch der Stadt Leonding gegen den UVP-Bescheid wurde vom Bundesverwaltungsgericht im April 2020 abgewiesen.

Lärmschutz durch Wände

Wie schon davor unter anderen Ministern spricht sich das Infrastrukturministerium nun auch unter Ministerin Leonore Gewessler (Grüne) gegen eine Einhausung aus. Das Ministerium führt im Antwortschreiben folgende Gründe an: Der Lärmschutz der Anrainer werde auch ohne Einhausung gewährleistet. Immerhin sehe das ÖBB-Projekt bis zu fünfzehn Meter hohe Lärmschutzwände vor. Das bedeute „eine Verbesserung der Lärmsituation im Vergleich zum Bestand“, schreibt das Ministerium.

Das von Leonding gewünschte Projekt würde den Streckenausbau um mindestens fünf Jahre verzögern,

so das Ministerium – und Zuzer Satzkosten von mehr als 150 Millionen Euro verursachen. „Samtliche Vorhaben der Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene

und (...) die Verdichtung des Nahverkehrs würden sich somit mit negativen Auswirkungen auf das seitens der Regierung angestrebte Ziel der CO₂-Reduktion verzögern“, argumentiert das Ministerium gegen die Einhausung.

Man schließe sich daher jenem Gutachter an, der empfohlen hatte, das ÖBB-Projekt zunächst ohne Einhausung und Tieferlegung anzugehen. Spätere Einhausungen sollte man sich offenhalten, so der Gutachter. Diese sollten aber erst realisiert werden, wenn konkrete Projekte (Überbauungen) vorlägen. Die Leondinger Stadtpolitik pocht seit Jahren einstimmig auf eine Einhausung der ÖBB-Strecke. In Wien wurde dieser Wunsch bisher nicht erhört.

Dem Antrag im Nationalrat im Dezember war ein kurzer Schlagabtausch vorangegangen. Zunächst hatten SPÖ und FPÖ einen Antrag auf eine Tieferlegung und Einhausung eingebracht. Dieser wurde zunächst von ÖVP und Grünen abgelehnt. Unmittelbar darauf brachten ÖVP und Grüne einen eigenen Antrag ein, der einstimmig beschlossen wurde. „Das Projekt soll dem Verkehrsminister vorgelegt werden, um zu prüfen, was technisch und ökologisch machbar ist und wie hoch die Kosten sind“, sagte damals Nationalratsmandatar Klaus Furlinger (VP).





Greifvogelstation In Ebelsberg kümmert sich die Ennsner Greifvogel-Expertin Sabine Rriener um verletzte Tiere. Am Samstag, 8. August, können sich Interessierte vor Ort selbst ein Bild ihrer Arbeit machen.

Leonding ruft zu Beteiligung auf

Der Kampf der Stadt im Jahrhundertprojekt „ÖBB Westbahnausbau“ geht weiter. Nun rufen Stadtchefin Sabine Naderer-Jelinek und der Sprecher der Bürgerinitiative „Impulse Schiene Leonding“, Bürgermeister a.D. Walter Brunner, die Bevölkerung dazu auf, ihre persönliche Einwendung gegen das Vorhaben an die Behörden zu richten. Seite 8

■ Kandidat präsentiert

Nach dem Rückzug von Tina Blöchl präsentierte die SPÖ Pasching mit Alois Pözl ihren neuen Spitzenkandidaten für die Bürgermeisterwahl. >> Seite 16

■ Erste Vorstellungen

Das Sommertheater Traun feierte vergangenen Freitag erfolgreich Premiere. >> Seite 37

auch ONLINE!

Kutsam
We Modi zum Erlebnis wird

-50%
auf reduzierte
Frühlings-/
Sommer Artikel

NUR bis 15.8.

WWW.KUTSAM.AT

Hallo, ich bin tim

täglich intelligent mobil – das Mobilitätsangebot der LINZ AG LINIEN mit tollem Firmenangebot an insgesamt fünf Standorten – **NEU: Tabakfabrik und Grüne Mitte.**

Mehr Infos auf
www.tim-linz.at

LINZ AG



Unter professioneller Anleitung lernten die Kinder die Basics des Programmierens.

FERIENAKTION

Game Design für Kids

KEMATEN. Bei einem zweitägigen Ferienworkshop der ÖVP Kematen lernten Kinder ab neun Jahren, ihre eigenen Computerspiele zu programmieren. Gearbeitet wurde mit der Programmiersprache Scratch, die Kinder spielerisch an die Entwicklung von Software heranführen soll. „Ich war überwältigt, dass so viele Kinder mitmachten. Beson-

ders herausstreichen möchte ich, dass wir mit unserem Technik-Angebot bei Mädchen und Buben gleichermaßen Begeisterung und Neugier wecken konnten“, freuen sich zwei der Kursleiter, Markus Irrnberger und Uwe Wolfinger. Die fertigen Programme werden beim Game Design Wettbewerb der Johannes Kepler Universität Linz eingereicht. ■

UNTERSCHRIFTENAKTION

Einwände möglich

LEONDING. Der Kampf der Stadt im Jahrhundertprojekt „ÖBB Westbahnausbau“ geht weiter. Nun rufen Stadthelfin Sabine Naderer-Jelinek und der Sprecher der BürgerInneninitiative „Impulse Schiene Leonding“, Bürgermeister a.D. Walter Brunner, die Bevölkerung dazu auf, ihre persönliche Einwendung gegen das Vorhaben an die Behörden zu richten: „Umso mehr Einwendungen wir einbringen, desto eher haben wir eine Chance,

dass die Stimme Leondings bei diesem Projekt auch gehört wird. Deshalb ersuchen wir die LeondingerInnen inständig: Bitte mobilisieren Sie Ihren Freundes- und Bekanntenkreis sowie Ihre Familien und unterschreiben Sie jetzt!“ ■

Formulare im Bürgerservice oder www.leonding.at erhältlich. Unterschriebene Formulare können noch bis Donnerstag, 6. August, im Bürgerservice abgegeben werden.



Bürgermeisterin Sabine Naderer-Jelinek (2.v.l.) und Sprecher der Bürgerinitiative Walter Brunner (3.v.l.) rufen zur Unterschriftenaktion auf. Foto: Wilfried Skidari-Claydota

geförderte Eigentumswohnungen

ASTEN, GERANIENSTR.

ZENTRUMSNAH

www.oewohnbau.at

- 47er, 57er, 67er und 4+1/2+1/2 Zimmerwohnungen
- Keller, Aufzug, 2 Terrassen, Balkon
- Halle, Müllabfuhr, Garagen
- 100 Jahre ÖVP
- Mehr Wohnraum für die Bevölkerung
- Teilweise Wohnflächen für Kinder bis 25

www.oewohnbau.at | 07323 20000 | 07323 20001

Kontakt:

ÖVP OÖ Wohnbau
 Linz, Ritzlhofstraße 63-65
 4052 Ansfelden

OÖWOHNBAU



Ansfeldner Dorfmusikanten

Foto: Fischer

DÄMMERSCHOPPEN

9. AUGUST 2020

Edelmetall

- ANSFELDEN
SPIELT AUF

16. AUGUST 2020

Haider Bauernkapelle

23. AUGUST 2020

Ansfeldner Dorfmusikanten

30. AUGUST 2020

Musikverein Ansfelden

Ab 18:00 Uhr
bei jeder
Witterung!
Um Fisch-
reservierung wird
gebeten.

STOCKINGER
GASTHOF - HOTEL

Ritzlhofstraße 63-65 | 4052 Ansfelden
Tel.: 07229 88321 | hotel@stocki.at

GUTSCHEIN
1/3 Linzer
Bier um € 2,-
zwischen 18 & 19 Uhr
an der Bierhäute
erhältlich

PRESSEINFORMATION DER STADT LEONDING

ÖBB Westbahnausbau: Leonding ruft zur Unterschriftenaktion auf

Leonding, 31. Juli 2020. Der Kampf der Stadt Leonding im Jahrhundertprojekt „ÖBB Westbahnausbau“ geht weiter. Seit Jahren setzt sich Leonding für eine Einhausung und Tieferlegung der Trasse durch die Stadt ein. Der Hintergrund: Ohne Einhausung und Tieferlegung würde die Stadt regelrecht in der Mitte zerschnitten werden. Für die Lebensqualität in Oberösterreichs viertgrößter Stadt bedeutet das einen gravierenden Einschnitt.

Nun rufen Stadtchefin Sabine Naderer-Jelinek und der Sprecher der BürgerInneninitiative „Impulse Schiene Leonding“, Bürgermeister a.D. Walter Brunner, die Bevölkerung dazu auf, ihre persönliche Einwendung gegen das Vorhaben an die Behörden zu richten:

„Umso mehr Einwendungen wir einbringen, desto eher haben wir eine Chance, dass die Stimme Leondings bei diesem Projekt auch gehört wird. Deshalb ersuchen wir die LeondingerInnen inständig: Bitte mobilisieren Sie Ihren Freundes- und Bekanntenkreis sowie Ihre Familien und unterschreiben Sie JETZT!“

Die Formulare stehen auf www.leonding.at zum Download zur Verfügung und liegen im Bürgerservice auf. Unterschriebene Formulare können noch bis **Do, 6. Juli 2020** im Bürgerservice abgegeben werden.

Kontakt: Stadt Leonding, Stadtmarketing und Öffentlichkeitsarbeit, Mag. Marlene Siegl,
E-Mail: marlene.siegl@leonding.at, Telefon: 0732 / 6878 8481



„Neuen Lockdown verhindern“

Landesrat Günther Steinkellner (FPÖ) über das Virus, wichtige Bauprojekte und Verkehrsrowdys

Seit fünf Jahren verantwortet Landesrat Günther Steinkellner den Straßenbau und den Öffentlichen Verkehr in Oberösterreich. Im VOLKSBLATT gibt er einen Ausblick über die wichtigsten Infrastrukturprojekte.

VOLKSBLATT: Seit Dienstag gilt in öffentlichen Gebäuden wieder die Maskenpflicht, ab heute auch in der Gastronomie und in Geschäften. Eine richtige Maßnahme?

STEINKELLNER: Es ist eine notwendige Maßnahme. Nachdem in der Gastronomie maximal zehn Personen am Tisch Platz nehmen dürfen, sollten die Wirte nicht wesentlich behindert werden.

Sind die Schulschließungen in fünf Bezirken für Sie ebenfalls in Ordnung?

Ich nehme es zur Kenntnis. Hier hätte man vielleicht spezifischer Schließungen vornehmen können.

Die FPÖ hat sich in den letzten Wochen sehr für Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen stark gemacht. War das im Nachhinein gesehen ein Fehler, wenn man sich die aktuelle Entwicklung der Infektionszahlen in Oberösterreich anschaut?

Wenn ich mir die entstandenen wirtschaftlichen Probleme anschau, dann ist die Lockerung dringend notwendig. Wichtig ist, dass wir die Cluster in den Griff bekommen. Was wir auf keinen Fall machen dürfen, ist ein weiterer Lockdown. Das würde die Wirtschaft nicht aushalten und die Folgewirkungen für das medizinische System wären verheerend.

Welchen Einfluss hat die Corona-Pandemie im heurigen Jahr auf Infrastrukturprojekte in Oberösterreich gehabt, beim Bau der Linzer Donaubrücken gab es ja Verzögerungen?

Es hat bei verschiedenen kleineren Baustellen wie der einer



Foto: Land OÖ

Günther Steinkellner will nach 2021 Infrastrukturlandesrat bleiben

Brücke in Gmunden Verzögerungen gegeben. Aber wir gehen davon aus, dass wir das jetzt im Sommer wieder aufholen können.

Bei Linzer Osttangente ist Ministerium am Zug

Wie ist der Stand bei der geplanten Linzer Osttangente, wann rechnen Sie mit einem Ergebnis der Strategischen Prüfung Verkehr?

Die Vorarbeiten von Oberösterreich sind getätigt, es liegt jetzt im Ministerium und ich hoffe, das es dort zügig bearbeitet wird.

Ist eine Fertigstellung bis 2030 realistisch?

Je länger die Prüfung dauert, desto später wird der Baubeginn erfolgen. Die negativen Stellungnahmen von den Grünen sind ja bekannt. Für Linz ist es

ein wichtiges Projekt, weil eine Umlenkung des Schwerverkehrs kommen wird, wenn die Autobahn von Berlin über Dresden und Prag Richtung Linz fertiggestellt ist.

Ist das Ziel Tschechiens, bis zum Jahr 2025 mit der Autobahn an der Staatsgrenze in Wulowitz zu sein, realistisch?

Wenn intensiv am Ausbau gearbeitet wird dann ja. Das bedeutet, dass es auch auf österreichischer Seite zu keiner Verzögerung mit dem Weiterbau der Muhlviertler Schnellstraße S10 kommen darf.

Ein Dauerbrenner ist die Einbindung der Mühlkreisbahn in den Linzer Bahnhof (Stadtbahn), für die es ja Geld vom Bund geben soll. Wann könnte es einen Beschluss der Bundesregierung für eine Mitfinanzierung geben bzw. wann könnte der Bau realistischerweise beginnen?

Wir sind bezüglich des Stadtbahnprojektes mit der Stadt Linz technisch abgestimmt, jetzt werden die Finanzfragen geklärt. Ich könnte mir dazu einen Beschluss im Herbst vorstellen. Wenn man das Ziel der Inbetriebnahme im Jahr 2026 einhalten will, muss

die Finanzierung zügig geklärt werden.

Sind die Kosten von 600 Mio. Euro noch aktuell?

Ja. Es müssen noch einige technische Fragen abgeklärt werden, etwa ob es eine ober- oder unterirdische Streckenführung auf Muhlviertler Seite geben wird.

Gibt es für die Stadtgemeinde Leonding noch eine Chance auf eine Einhausung im Zuge des Westbahnausbaus, oder ist der Zug abgefahren?

Die Position der Stadtgemeinde Leonding wurde von den ÖBB, dem Ministerium und dem Bundesverwaltungsgericht abgelehnt. Meiner Ansicht nach wäre eine Einhausung nur im Rahmen des UVP-Verfahrens möglich. Hier versuche ich, eine gemeinsame Verhandlungsposition mit Leonding zu erzielen.

Sie sind dafür, Verkehrsrowdys das Auto abzunehmen. Woran scheidet es?

Eine Beschlagnahme bedarf einer Veränderung der Straßenverkehrsordnung. Das würde Wirkung zeigen, denn oft sind die Fahrzeuge der Teilnehmer von illegalen Straßenrennen nicht auf sie angemeldet. Ich sehe eine gute Chance auf einen Beschluss im Nationalrat.

Gute Zusammenarbeit

2021 ist Wahljahr in Oberösterreich, der FPÖ drohen Verluste. Auf welche Themen will man setzen?

Meine Aufgabe ist der Verkehr und ich bin zuversichtlich, dass die Leistungen im Ressort in der Bevölkerung gut ankommen. Ich möchte das Ressort auch weiter hin führen.

Belastet das gestörte Verhältnis zwischen ÖVP und FPÖ auf Bundesebene die Zusammenarbeit in OÖ?

In Oberösterreich haben wir einen klaren Kurs, der abgearbeitet wird. Es ist ersichtlich, dass wir gut zusammenarbeiten.

volksBLATT
Sommersgespräch

Mit Infrastrukturlandesrat
GÜNTHER STEINKELLNER
sprach Heinz Wernitznig



Westbahnausbau: Leonding ruft Verfassungsgerichtshof an

Tips David Ramaseder, Tips Redaktion, 16.06.2020 15:55 Uhr

<https://www.tips.at/nachrichten/leonding/wirtschaft-politik/509330-westbahnausbau-leonding-ruft-verfassungsgerichtshof-an>



LEONDING. Seit 2004 beschäftigt sich der Leondinger Gemeinderat intensiv mit dem Westbahnausbau. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht die Umweltverträglichkeit des aktuellen ÖBB Projekts (ohne Einhausung und Tieferlegung) bestätigt hat, geht die Stadt Leonding den Weg zum Verfassungsgerichtshof.

„Wir nehmen die möglichen Rechtsmittel in Anspruch. Unser nächster Schritt ist der Weg zum Verfassungsgerichtshof, weil wir unsere Gemeindeautonomie bedroht sehen. Gleichzeitig suchen wir natürlich weiterhin die Gespräche mit den

22.6.2020

Westbahnausbau: Leonding ruft Verfassungsgerichtshof an

ÖBB und den zuständigen Stellen auf Landes- und Bundesebene. Es geht uns nicht darum, die ÖBB zu bekämpfen. Im Gegenteil: Wir möchten mit den ÖBB gemeinsam ein Projekt realisieren, dass unsere Stadt nicht zerschneidet. Leonding soll weiterhin eine lebenswerte Stadt für mehr als 31.000 Menschen sein“, so Bürgermeisterin Sabine Naderer-Jelinek.

Copyrights © 2020 Tips Zeitungs GmbH & Co KG



David Ramaseder | Tips Redaktion | 07.06.2020 19:58 Uhr

Vorlesen

LEONDING. Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil die Umweltverträglichkeit des vierspurigen Westbahn-Ausbau zwischen Linz und Marchtrenk bestätigt. Leonding hofft zumindest weiter auf eine Kompromisslösung.

Besonders bitter ist für die vom vierspurigen Ausbau der Westbahnstrecke besonders betroffene Stadt, dass eine elementare Forderung – nämlich die „Zerschneidung“ Leondings – vom Gericht nicht anerkannt wurde. Im Urteil ist zu lesen, dass die Trasse der Westbahn (vormals Kaiserin Elisabeth-Bahn) bereits 1860 eingleisig und zehn Jahre später bereits zweigleisig in Betrieb genommen und seither nicht mehr geändert wurde.

Die Einrichtung erfolgte damals im jetzt relevanten Abschnitt im Freiland, erst später hat sich im direkten Umfeld der Eisenbahntrasse eine Besiedelung entwickelt. Es wurde daher nicht das Stadtgebiet zerschnitten, sondern die Trasse wurde vielmehr durch die nachfolgende Besiedelung „eingeschlossen“. Durch die Zulegung zweier weiterer Gleise kommt es demzufolge auch nicht zu einer neuen „Zerschneidung“.



Leonding kämpft weiter für seine Rechte

Ob die Stadt weitere Rechtsmittel einlegen wird, ist derzeit noch nicht geklärt. Im Raum steht jedoch auch eine Kompromisslösung mit der ÖBB außerhalb des Verfahrens, um etwa eine einfachere Ausführung der geforderten Linhausung jedoch ohne Tieferlegung zu erwirken. Das könnte – wie ein weiter zu verbessernder Lärmschutz für die Anwohner – in das künftige Baugenehmigungsverfahren Eingang finden.

Artikel weiterempfehlen:



Mehr zu diesem Thema:

- Umweltverträglichkeit geprüft: Westbahn-Ausbau wird wahrscheinlicher
- Leondinger Einhausung und Tieferlegung der Westbahn bleiben in weiter Ferne
- Westbahnausbau: Leonding kämpft vor Verwaltungsgericht

URTEIL

Rückschlag für Leonding im Kampf gegen geplanten Westbahnausbau

LEONDING. Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil die Umweltverträglichkeit des vierspurigen Westbahn-Ausbaus zwischen Linz und Marchtrenk bestätigt. Leonding hofft zumindest weiter auf eine Kompromisslösung.

Besonders bitter ist für die vom vierspurigen Ausbau der Westbahnstrecke besonders betroffene Stadt, dass eine elementare Forderung – nämlich die „Zerschneidung“ Leondings – vom Gericht nicht anerkannt wurde. Im Urteil ist zu lesen, dass die Trasse der Westbahn (vormals Kaiserin Elisabeth-Bahn) be-



Die Hochgeschwindigkeitsstrecke rückt nach dem Urteil näher

Foto: Westb.de

Jahre später bereits zweigleisig in Betrieb genommen und seither nicht mehr geändert wurde. Die Errichtung erfolgte damals im jetzt relevanten Abschnitt im

direkten Umfeld der Eisenbahntrasse eine Besiedelung entwickelt. Es wurde daher nicht das Stadtgebiet zerschnitten, sondern die Trasse wurde vielmehr

„eingeschlossen“. Durch die Zulegung zweier weiterer Gleise kommt es demzufolge auch nicht zu einer neuen „Zerschneidung“.

Leonding kämpft weiter für seine Rechte

Ob die Stadt weitere Rechtsmittel einlegen wird, ist derzeit noch nicht geklärt. Im Raum steht jedoch auch eine Kompromisslösung mit der ÖBB außerhalb des Verfahrens, um etwa eine einfachere Ausführung der geforderten Einhausung jedoch ohne Tieterlegung zu erwirken. Das könnte – wie ein weiter zu verbessernder Lärmschutz für die Anwohner – in das künftige Baugenehmigungsverfahren

Politischer Zank um den Westbahnausbau

Leondings Bürgermeisterin Sabine Naderer-Jelinek ist über die Vorgehensweise der FPÖ verärgert.

LEONDING (red). Das von der Leondinger FPÖ vorgelegte „Drei-Säulen-Modell“ sowie der gestellte Dringlichkeitsantrag für den Einsatz des Modells im nächsten Gemeinderat bringt die Stadtchefin auf die Palme. „Seit 2004 beschäftigt sich der Gemeinderat intensiv mit dem Westbahnausbau. Wir sind als Stadt in dieser Causa stets gemeinsam aufgetreten und haben alle Beschlüsse dazu einstimmig gefasst“, betont Naderer-Jelinek und zeigt sich verwundert über das aktuelle Vorgehen der FPÖ Leonding: „Geme können wir die gewünschte Vergangenheitsbewältigung betreiben, wenn das jetzt das wichtigste Anliegen der FPÖ in Leonding ist“, betont die Bürgermeisterin und setzt nach: „In der Sache wichtiger wäre allerdings, dass sie sich weiterhin mit allen Kräften gemeinsam dafür einsetzen, die notwendigen politischen Entscheidungen und Beschlüsse bei Land und Bund zu erwirken.“ Für Naderer-Jelinek steht fest: „Alle betrauten Kanzleien sind weiterhin be-

auftragt – so wie im Stadtrat am 14. Mai 2020 beschlossen. Nach Einwilligung aller Fraktionen, die ich persönlich und in Anwesenheit von Stadtamtsdirektor Uwe Deutschbauer von allen Fraktionsvorsitzenden telefonisch eingeholt hatte, wurde vereinbart, die anstehenden acht Gemeinderatsbeschlüsse, die in den Ausschüssen alle einstimmig vorberaten wurden, per Umlaufbeschluss abstimmen zu lassen. Nachdem das auch offiziell ausgesandt wurde, informierte die FPÖ mich telefonisch, dass Teile der Fraktion nun doch mit dieser Vorgehensweise nicht einverstanden wären. Die in der Aussendung formulierten Vorstellungen wurden bei diesem Gespräch mit keinem Wort erwähnt. Aufgestellte Behauptungen zum Thema Intransparenz müssen in diesem Kontext wohl nicht mehr kommentiert werden“, zeigt sich Leondings Bürgermeisterin verärgert über die FPÖ Leonding.

Im Interesse der Bürger

„Um die Interessen der Stadt Leonding beim Ausbau der Westbahnstrecke bestmöglich abzusichern, muss jetzt richtig gehandelt werden. Um dies gewährleisten zu können, hat die FPÖ Leonding ein Drei-Säulen-Modell entwickelt“, unterstrei-



Der Westbahnausbau ist wieder Thema in Leonding. Foto OBB

chen die Gemeinderatsmitglieder, Infrastrukturlandesrat Günther Steinkellner, Vizebürgermeister Michael Täubel, Peter Hametner und Fraktionsobmann GR Peter Gattringer. Das Modell fußt auf drei Eckpunkte: Transparenz, Installierung eines Gremiums innerhalb des Gemeinderates, welches sich ausschließlich mit dem Westbahnausbau befasst sowie beste juristische Expertise. „Mit Hilfe dieses einfachen Modells kann ein demokratischer Meinungsbildungsprozess gestartet werden. Dieser ist notwendig, um eine florierende Entwicklung der Stadt zu gewährleisten. Dass nun eine spontane Verschiebung der Gemeinderatssitzungen, unter dem Deckmantel von Corona, passiert, leuchtet nicht ein. Vielmehr entsteht der Verdacht, dass eine transparente Entscheidungsfindung nicht gewollt wird“, betont die FPÖ Leonding.

LEONDING

FPÖ möchte für Klarheit beim Westbahnausbau sorgen

17.05.2020 10:00:00

 FPÖ Leonding möchte Klarheit beim Westbahnausbau

„3-Säulen-Modell sichert den Schutz der Leondinger Interessen“, betonen Leondings Freiheitliche und bringen einen Dringlichkeitsantrag für Einsatz des Modells wird im nächsten Gemeinderat gestellt.

LEONDING (red). „Um die Interessen der Stadt Leonding beim Ausbau der Westbahnstrecke bestmöglich abzusichern, muss jetzt richtig gehandelt werden. Um dies gewährleisten zu können, hat die FPÖ Leonding ein Drei-Säulen-Modell entwickelt. Das Modell gewährleistet effizientes, rasches und exaktes Handeln im Zusammenhang mit dem Ausbau der Westbahnstrecke“, unterstreichen die Gemeinderatsmitglieder der FPÖ Leonding, Infrastrukturlandesrat Günther Steinkellner, Vizebürgermeister Michael Täubel, Peter Hametner und Fraktionsobmann GR Peter Gatringer einheitlich.



Das 3-Säulen Modell setzt sich wie folgt zusammen:

Umfassende Transparenz

Alle Entscheidungsgrundlagen, Protokolle, Aktenvermerke, Beauftragungen, Abrechnungen sowie E-Mails, welche ab Jahresbeginn 2014 zwischen den wichtigsten Akteuren, verkehren sollen den Fraktionsobmännern der im Gemeinderat vertretenen Parteien zur Verfügung gestellt werden. Auch eine umfassende Information für das Land Oberösterreich ist unerlässlich.

Eigener Gemeinderatsausschuss

Zur innerstädtischen Meinungsbildung ist die umfassende Transparenz essentiell. In einem weiteren Schritt soll ein eigenes Gremium installiert werden, dass sich ausschließlich mit der Causa Westbahnausbau befasst. Ziel des Gremiums ist es, alle Agenden im Zusammenhang mit dem Westbahnausbau, vorab zu beraten. Die aktuellen Entwicklungen und die Wichtigkeit dieses Themas machen es notwendig, die Ressourcen zu bündeln, um effizient, rasch, und zielgerichtet reagieren zu können.

Beste Juristische Expertise – Mandatsverhältnis SCWP

Um die Leondinger Interessen bestmöglich vertreten und absichern zu können, ist die Expertise von ausgewiesenen Spezialisten unverzichtbar. Deshalb ist das Mandatsverhältnis mit allen beauftragten Kanzleien fortzuführen.

„Mit Hilfe dieses einfachen Modells kann ein demokratischer Meinungsbildungsprozess gestartet werden. Dieser ist notwendig, um eine florierende Entwicklung der Stadt Leonding gewährleisten zu können. Dass nun eine spontane Verschiebung der Gemeinderatssitzungen, unter dem Deckmantel von Corona, passiert, leuchtet nicht ein. Vielmehr entsteht der Verdacht, dass eine transparente Entscheidungsfindung nicht gewollt wird“, so die Vertreter der FPÖ Leonding abschließend.



Umweltverträglichkeit geprüft: Westbahn-Ausbau wird wahrscheinlicher

 Bianca Padinger, Tips Redaktion, 18.05.2020 15:22 Uhr

<https://www.tips.at/nachrichten/leonding/land-leute/507425-umweltvertraeglichkeit-geprueft-westbahn-ausbau-wird-wahrscheinlicher>



LEONDING/PASCHING/HÖRSCHING. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht die Umweltverträglichkeit des vierspurigen Westbahn-Ausbaus zwischen Linz und Marchtrenk bestätigt hat, geht der Streit um das Projekt in die nächste Runde.

„Wir haben damit gerechnet, dass wir die Umweltverträglichkeit nicht kippen können“, so Bürgermeisterin Sabine Naderer-Jelinek, die gemeinsam mit drei Gemeinden, zwei Bürgerinitiativen und 130 Privatpersonen Einwände gegen den Ausbau einbrachte. Das Urteil wurde eigentlich schon für das Jahr 2019 erwartet.

„Als Aufsatzprojekt ist eine Einhausung mit Tieferlegung immer noch möglich. Das Land hat 30 Millionen Euro zugesagt. Sobald diese beschlossen sind, können wir den Weg zur Bundesministerin suchen“, erklärt Bürgermeisterin Sabine Naderer-Jelinek die weitere Vorgehensweise.

Gesamtprojekt

Der vierspurige Ausbau der Westseite Linz Hbf. („Westkopf“) ist Teil des vierspurigen Ausbaus zwischen Wien und Wels. Dieser ist bis kurz vor Linz bereits fertiggestellt. „Bei den Arbeiten am Westkopf handelt es sich um eines der größten ÖBB-Bauprojekte der kommenden Jahre und zugleich um einen wichtigen Schritt in Richtung vierspuriger Ausbau bis Wels. Bis 2027 werden 250,6 Millionen Euro auf der Westseite Linz Hbf. investiert. Es werden neue Gleise verlegt sowie Weichenverbindungen erneuert“, so Andreas Matthä.

Stadtchef für Markt mit Corona-Regeln

Ein auf Linz verteilter Urfahrmarkt stößt bei Schaustellern auf wenig Gegenliebe, wir berichteten: „Wir sollten diese Expertenmeinungen ernst nehmen“, liebt Stadtchef Klaus Luger mit einem Fest in Urfahr: „Dafür mit Corona-Regeln!“

Neue Light-Variante der Einhausung in Leonding



Der Ausbau der Weststrecke sorgt in Leonding seit Jahren für Diskussionen

Der Zug für zwei Einhausungen der Bahntrasse in Leonding scheint nach dem Bundesverwaltungsgerichtsurteil abgefahren. Der Anwalt der Stadt sieht wenig Licht am Ende des Tunnels. Stadtchefin Naderer-Jelinek will weiterkämpfen, womöglich mit neuen Juristen. Verkehrslandesrat Steinkellner will vermitteln.

Artikel teilen



Kommentare Drucken



„Auch wenn es für die Betroffenen oft schwerfallen mag, so sind die Entscheidungen, welche unsere Gerichte treffen, zu respektieren und zu akzeptieren“ hält FP-Verkehrslandesrat Günther Steinkellner wenig von weiteren rechtlichen Schritten in der Causa Einhausung Leonding.



Landesrat Günther Steinkellner

Es geht um die letzte Chance auf einen Konsens. Dadurch könnte Leonding verbesserte Maßnahmen etwa im Bereich des Lärmschutzes erhalten.

Landesrat Günther Steinkellner

„Rechtsstreitigkeiten führen zu Verzögerung“

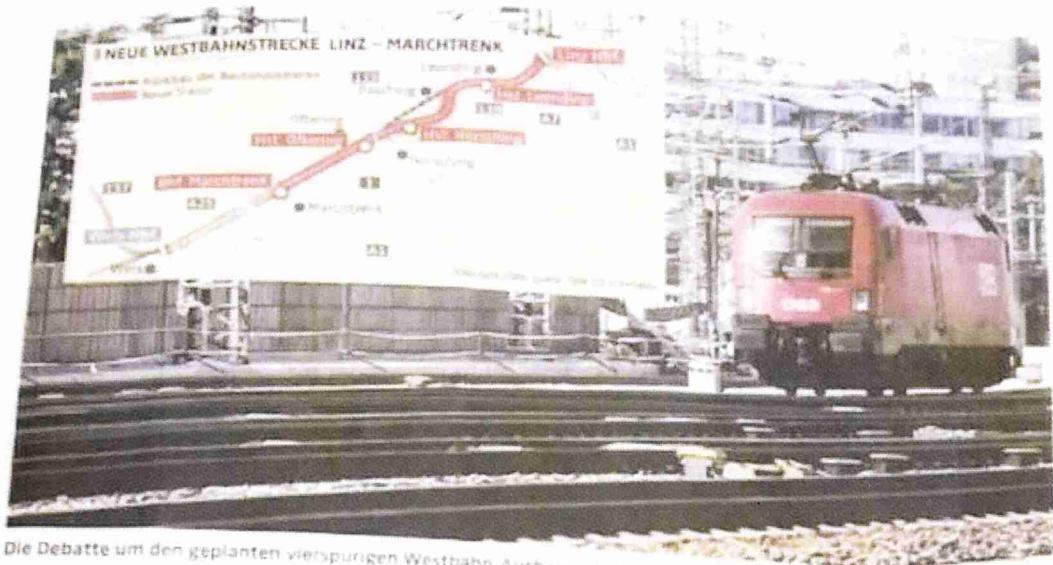
„Eine Lösung liegt nicht in langen und aufwendigen Rechtsstreitigkeiten. Diese führen nur zu einer Verzögerung und kosten allen Beteiligten Zeit, Geld und Nerven“, strebt der Leondinger Landespolitiker eine Konsensvariante außerhalb des Gerichtssaales an. Vorstellbar wäre da etwa die Errichtung von nur einer Einhausung mit knapp 500 Metern Länge von der Firma Wibau bis zum Bahnhof

Steinkellner als Vermittler

Da die LandesinteressenLandeshauptmannThomas Stelzer (VP)als Finanzreferent vertritt, sieht sich Steinkellner als Vermittler. „Ich kenne alle beteiligten Personen. Wichtig ist, rasch das Gespräch zu suchen und trotz der gegenseitigen Widrigkeiten eine Verhandlungsbasis herzustellen.“

... Nachrichten ...

chten



Die Debatte um den geplanten vierspurigen Westbahn-Ausbau zwischen Linz und Marchtrenk geht weiter. Foto: Wienbild

Westbahn-Trasse: Gegner mit Einsprüchen erfolglos

Bundesverwaltungsgericht bestätigte Umweltverträglichkeit

LEONDING/PASCHING/HÖRSCHING. Der Streit um den geplanten vierspurigen Westbahn-Ausbau zwischen Linz und Marchtrenk ist um ein Kapitel reicher: Das Bundesverwaltungsgericht in Wien hat die Umweltverträglichkeit des Projekts, das einen Schwenk zum Flughafen Hörsching vorsieht, bestätigt. Dem Urteil war ein viertägiger Prozess im August vergangenen Jahres vorausgegangen. Gegen den Bescheid aus der Umweltverträglichkeitsprüfung hatten drei Gemeinden, zwei Bürgerinitiativen und 130 Privatpersonen Einwände eingebracht.

„Es war abzusehen, dass wir die Umweltverträglichkeit nicht kippen können. Wir haben das nun den Anwälten übergeben und warten auf deren Empfehlungen“, sagt Sabine Naderer-Jelinek (SP), Bürgermeisterin von Leonding. Wie berichtet, wünscht sich die Stadt Leonding eine Einhausung samt Tieferlegung: zwei 300 bzw. 500 Meter lange Tunnels links und rechts vom Bahnhof sollen entstehen. Die ÖBB haben ihr Projekt je-

doch ohne Einhausung zur Umweltverträglichkeitsprüfung eingereicht.

Einhausung als Aufsatzprojekt

Für die gewünschte Variante einer Einhausung mit Möglichkeit zur Überbauung haben die ÖBB 17,5 Millionen Euro an Investitionsmehrkosten ermittelt. Für eine Einhausung ohne Überbauung, die aktuell von der Stadt Leonding verfolgt wird, aber seitens einer unabhängigen Expertise nicht empfohlen wird, wurden Mehrkosten von rund 85 Millionen Euro ermittelt“, sagt ÖBB-Sprecher Robert Mosser. Das Projekt werde nun wie geplant fortgesetzt.

„Wir müssen schauen, ob die Einhausung als Aufsatzprojekt möglich ist, den Auftrag zur genauen Planung haben die ÖBB ja noch immer nicht bekommen“, sagt Naderer-Jelinek. Laut Mosser ist ein Aufsatzprojekt zwar „weiterhin möglich“, gehe aber mit erheblichen Verzögerungen von mindestens fünf Jahren einher. „Eine Verzögerung geht auf Kos-

ten der Pendler, der Wirtschaft und der Steuerzahler“, sagt Mosser. Naderer-Jelinek stimme das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts „nicht unbedingt pessimistisch“, da es erstmals den Willen seitens der ÖBB gegeben habe, die Einhausung durchzurechnen. Der Ball liege nun bei der Politik.

„Gehen in nächste Instanz“

Auch Hans Lughammer, Obmann der Flurschutzgemeinschaft, war vom Urteil nicht überrascht. „Wir sind davon ausgegangen und haben uns schon währenddessen auf die nächste Instanz vorbereitet“, sagt er.

Man wolle nun den Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof bemühen. „Dass wir durch dieses Projekt die Haltestellen Hörsching und Pasching verlieren, kann nicht im öffentlichen Interesse sein“, sagt er. Ein zentraler Punkt sei auch die Bodenversiegelung. Die Grundeigentümer wollen sich um einen Termin bei Verkehrsministerin Leonore Gewessler (Grüne) bemühen. (geg/jp)

G
V
H
UN
rat
zu
für
Ho
...
ab
we
de
m
Ne
St
M
L
St
D
St
B

Laut Schweizer Experten ist Einhausung in Leonding günstiger als ÖBB angeben

Tunnel doch deutlich billiger

86 Millionen € samt 20% Risikozuschlag und Indexanpassung: So viel kostet laut der renommierten Fahrgrund AG aus der Schweiz die Einhausung der Weststrecke in Leonding. Das ist deutlich günstiger als die von den ÖBB propagierten 90 Millionen €. SP-Stadthebin Sabine Naderer-Jelinek will nun aufs Gaspedal drücken.

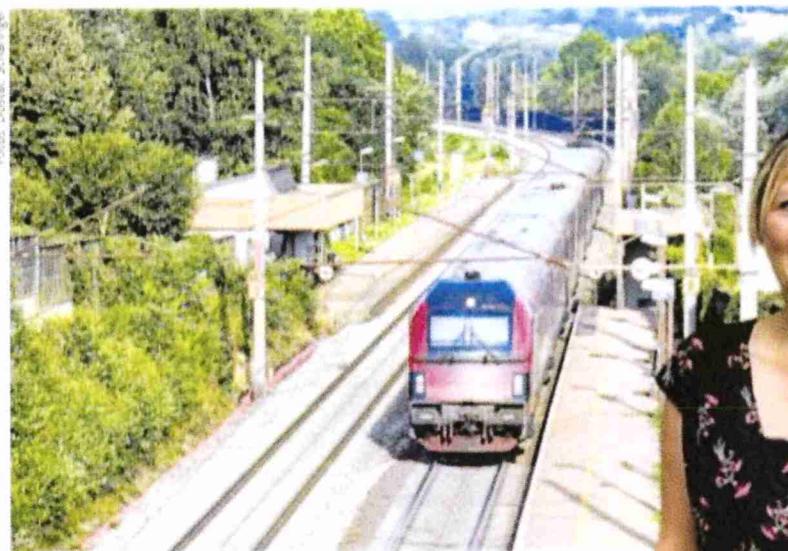
„Das Projekt aus finanziellen Gründen abzulehnen, gilt nicht mehr“, sieht die Leondinger Bürgermeis-

terin Sabine Naderer-Jelinek beim Bau der Einhausung der Weststrecke einen riesigen Stein aus dem Weg

geräumt. Die Experten der Fahrgrund AG haben in Abstimmung mit den ÖBB die Kosten für die Tunnels von 300 sowie 500 Metern auf 86 Millionen € geschätzt. „Zieht man die 20 Prozent Risikozuschlag ab, liegen wir deutlich unter den 90 Millionen Euro der ÖBB“, so Naderer-Jelinek. Sie will

nun so rasch wie möglich die Gespräche mit LH Thomas Stelzer (VP), Verkehrslandesrat Günther Steinkellner (FP), einem Vertreter der ÖBB und Experten aus dem Verkehrsministerium wieder aufnehmen: „Am runden Tisch würden weniger als zehn Personen sitzen. Das wäre erlaubt!“ Gerade in dieser schwierigen wirtschaftlichen Lage wären aus ihrer Sicht Investitionen enorm wichtig, um die Wirtschaft anzukurbeln.

Der Bau ist keine reine Kostenfrage. Nach dem kürzlich erfolgten Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist derzeit nur der viergleisige Ausbau (ohne Einhausung und Tieferlegung) „grundsätzlich umweltverträglich“. Grünes Licht für die Tunnelvariante ist fraglich. Die detaillierte Prüfung folgt erst. Naderer-Jelinek ist zuversichtlich, nicht von vorne beginnen zu müssen. Womöglich reicht die Einreichung eines sogenannten Aufsatzprojekts. MZ



Die Leondinger Stadtchefin Sabine Naderer-Jelinek kämpft um die Einhausung der Weststrecke durch das Stadtgebiet.

Für Haimbuchner keine „Makulatur“:

Linz muss Anstöße der Prüfer umsetzen

Ist der Prüfbericht über die tristen Linzer Stadtfinanzen wegen der Corona-Krise „Makulatur“? Anders als Stadtchef Klaus Luger (SPÖ) meint das der für die Gemeindeaufsicht zuständige LH-Vize Manfred Haimbuchner, FPÖ, offenbar nicht. Linz müsse die Ergebnisse der Prüfung ernst nehmen, bekräftigte er am Sonntag.

„Die Ergebnisse dieser Prüfung sind ernst zu nehmen, und die gemachten Vorschläge zur Verbesserung sind nunmehr in der Verantwortung der Politik der Stadt Linz umzusetzen“, so Haimbuchners Antwort auf eine „Krone“-Anfrage am Sonntag. Deren Anlass war, dass der grüne Klubobmann Gottfried Hirz den FPÖ-Politiker, wie berichtet, im Landtag fragen will, welche Konsequenzen er, Haimbuchner, denn aus dem tiefgründigen Gutachten des Landesrechnungshofs ziehen werde. Doch da fühlt

sich Haimbuchner als die falsche Adresse: „Die Gemeindeaufsicht ist ihrer Verantwortung ja noch unter Landesrat Elmar Podgorschek nachgekommen, und hat (vor einem Jahr aus der Linzer Aktenaffäre) die Konsequenzen gezogen, indem sie den Landesrechnungshof mit einer Prüfung beauftragt hat.“

Nun habe Linz die Konsequenzen aus dem Prüfbericht zu ziehen. „Natürlich wird die Gemeindeaufsicht die Umsetzung der Vorschläge genauestens beobachten“, so Haimbuchner.pö

Noch sechs Personen auf Intensivstation

Mit Stand Sonntagabend werden laut dem Land OÖ noch sechs Landsleute wegen Corona auf einer Intensivstation behandelt, 13 weitere sind auf einer Normalstation. Nach wie vor werden 20 Stationen in den 15 oö. Spitälern freigehal-

ten, um Räumlichkeiten zu haben, wenn die Zahl der Covid-Patienten wieder ansteigen sollte. Aktuell sind noch 47 Oberösterreicher mit dem Virus infiziert. Am meisten sind es in der Stadt Linz mit 9 Fällen. In den 30 oberösterreichischen Alten- und Pflegeheimen sind noch 14 Bewohner sowie 13 Mitarbeiter an Corona erkrankt.